



ALLSCHWIL
... ist eine städtische
Grossgemeinde

ALLSCHWIL
... ist ein Unternehmen

Strategische Entwicklungs-
und Massnahmenplanung 2000 – 2006
Standortbestimmung des Gemeinderates
Januar 2004

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Gemeinderates	3
Rückblick	4
Die Leitideen 2000 – 2006 (Ziele und Massnahmen)	5
Standortbestimmung per Januar 2004 zu den Zielen und Massnahmen	
ALLSCHWIL ist eine städtische Grossgemeinde	7
ALLSCHWIL ist ein Unternehmen	25
Die Gemeindeentwicklung in Zahlen	33

Die in den einzelnen Fussnoten erwähnten Grundlagen sind über die Homepage der Gemeinde Allschwil www.allschwil.ch verfügbar.

Redaktion: Gemeinderat Allschwil
 Gestaltung: Gemeindeverwaltung Allschwil
 Fotos, Grafiken: zVg / Gemeindeverwaltung Allschwil

Allschwil, Februar 2004



*Ruth Greiner
Gemeindepräsidentin*

*Dr. Anton Lauber
Vizepräsident*

*Dr. Leo Zehnder
Finanzen*

*Roman Meury
Hochbau - Raumplanung*



*Bea Fuchs
Bildung-Erziehung-Kultur*

*Paul Schüpbach
Tiefbau - Umwelt*

*Nicole Nüssli
Einwohnerdienste
Sicherheit*

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser

Zu Beginn der Amtsperiode 1. Juli 2000 bis 30. Juni 2004 hat der Gemeinderat Leitideen für die angestrebte Entwicklung unserer Gemeinde formuliert. Zudem setzte er zu diesen Leitideen konkrete Ziele und zeigte auf, mit welchen Massnahmen diese erreicht werden können.

Im Bewusstsein darüber, dass die Erreichung aller Ziele nicht innerhalb einer Amtsperiode möglich sein wird, wurde der Strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung ein Zeithorizont von sechs Jahren zugrunde gelegt. Hinzu kommt, dass für die Realisierung zahlreicher Vorhaben die Zustimmung des Einwohnerrates und schlussendlich die Gutheissung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erforderlich ist. Sei dies nun im Rahmen von obligatorischen Volksabstimmungen oder über den Weg des Referendums.

Der Gemeinderat erachtet es nun als angezeigt, auf der Basis des ‚Strategiepapiers‘ eine Standortbestimmung vorzunehmen und eine ‚Leistungsbilanz‘ zu präsentieren. Diese Standortbestimmung knüpft an die eingangs erwähnten Leitideen, Ziele und Massnahmen an.

Diese Standortbestimmung zeigt deutlich, dass verschiedene Vorhaben in der am 1. Juli 2004 beginnenden neuen Amtsperiode weiterbearbeitet werden müssen. In welcher Form dies geschehen wird und mit welchen neuen Vorgaben die Strategische Entwicklungs- und Massnahmenplanung ‚fortgeschrieben‘ wird, entscheiden die für die Amtsperiode 2004 – 2008 gewählten Gemeinderatsmitglieder.

Die Präsentation dieser Standortbestimmung gibt dem Gemeinderat Gelegenheit, all denjenigen zu danken, die in den letzten Jahren engagiert an der Entwicklung und Gestaltung unserer Gemeinde mitgewirkt haben.

Gemeinderat Allschwil

Februar 2004

Rückblick des Gemeinderates

Der Gemeinderat darf zusammenfassend mit Genugtuung feststellen, dass nach rund dreieinhalbjähriger Amtstätigkeit eine positive Bilanz gezogen werden darf.

Die erreichten Erfolge sind nicht nur das Verdienst des Gemeinderates. Zum guten Gelingen haben das Parlament, zahlreiche Kommissionen und die Verwaltung beigetragen. Und bei einigen Projekten hat der Souverän das ‚letzte Wort‘ gesprochen. Auch wenn diese Volksentscheide nicht immer im Sinne der Behörden ausgefallen sind, so ist es doch gut zu wissen, dass an der Urne der Volkswille klar zum Ausdruck gebracht werden kann und das Modell der ‚direkten Demokratie‘ auch in Gemeindeangelegenheiten eindrücklich gelebt wird.

Die Verfolgung der verschiedenen Zielsetzungen, die schlussendlich einander beeinflussen und voneinander abhängig sind, standen ausnahmslos unter folgenden übergeordneten Vorgaben:

1. Es gilt, Allschwils Qualitäten zu erhalten und zu optimieren;
2. Der Bevölkerungsabnahme ist gezielt entgegen zu wirken;
3. Ein gezieltes Standortmarketing ist unumgänglich;
4. Die Gemeindefinanzen müssen stabilisiert werden.

Diese übergeordneten Vorgaben tragen bereits ein ‚politisches Konfliktpotential‘ in sich. Nicht alles was der Erhaltung und Optimierung unserer Gemeinde-Qualitäten dienlich sein könnte, lässt sich ohne Weiteres mit dem Ziel der Finanzstabilisierung in Einklang bringen. Entsprechend müssen sachliche und fundierte politische Diskussionen geführt und für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung auch politische Prioritäten gesetzt werden.

Zur Entscheidungsfindung und Festlegung der zu verfolgenden Strategien hat der Gemeinderat verschiedene Studien beigezogen.

Im Einzelnen handelte es sich um die Studien

- P/S/P///; Thema: Gemeindeentwicklung vom 19.9.2001
- InterUrban AG; Thema: Stärkung der lokalen Einkaufsfunktion vom 31.5.2001
- Prognos Fragebogen-Auswertung ‚Gründe für den Wegzug aus Allschwil‘ vom 29.11.2001
- Uni Basel / Stiftung Mensch-Gesellschaft-Umwelt MGU; Thema: ‚Trendloft oder Wohnblock‘ vom Mai 2003

Diese Studien und die daraus resultierenden Erkenntnisse und Schlussfolgerungen wurden dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht. Sie führten in der Folge auch zu verschiedenen politischen Vorstössen, welche in die laufenden Entwicklungsprozesse eingeflossen sind.

Die politische Aufgabenbewältigung wird auch auf kommunaler Ebene zunehmend anspruchsvoller und komplexer. Die Auswirkungen eidgenössischer und kantonaler Entwicklungen auf die Gemeinden können nicht im Voraus abgeschätzt werden, was insbesondere eine mittel- bis langfristige Finanzplanung massiv erschwert. Dies wiederum hat entsprechende Wirkungen auf die einzelnen Departemente und Hauptabteilungen. Das hoheitliche Wirken der Behörden wird somit durch übergeordnete gesetzliche Vorgaben spürbar beeinflusst und eingeschränkt. So werden beispielsweise rund 80 % der jährlichen Gemeindeausgaben durch kantonale und eidgenössische Erlasse vorbestimmt. Auf die Entwicklung dieser Leistungen kann die Gemeinde keinen direkten Einfluss nehmen. So spielen denn in der gesamten Entwicklung einer Gemeinde die autonom verfügbaren finanziellen Mittel eine tragende Rolle. Ohne effektiven Leistungsabbau können keine nachhaltigen Aufwandreduktionen erreicht werden. Diese ‚Gesetzmässigkeit‘ wird in grundsätzlichen Diskussionen mehrheitlich denn auch nicht in Frage gestellt. Sobald sich die Beratungen jedoch auf konkrete Leistungsreduktionen fokussieren müssen, entwickelt sich die Entscheidungsfindung und Beschlussfassung weitgehend zu einer politisch geprägten Auseinandersetzung. Von dieser Situation waren speziell die Amtsjahre 2002 und 2003 geprägt.

Gemeinderat Allschwil

ALLSCHWIL ist eine städtische Grossgemeinde ...

Die Leitideen 2000 - 2006

1

ALLSCHWIL stellt mit einer zeitgemässen Infrastruktur, zweckmässigen öffentlichen Gebäuden sowie frei benutzbaren Freizeiteinrichtungen und –anlagen die Lebens- und Wohnqualität unter Beachtung der Selbstverantwortung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner sicher.

2

ALLSCHWIL vermittelt der Einwohnerschaft mit seinen gut gepflegten und sicheren öffentlichen Einrichtungen und Anlagen die erwartete Wohnlichkeit und Geborgenheit in einer städtischen Grossgemeinde. Die Synthese zwischen der historischen und geschützten Bausubstanz und modernen Architekturformen wird durch eine liberale Bauzonenordnung gefördert und unterstreicht die Aufgeschlossenheit von ALLSCHWIL.

3

ALLSCHWIL pflegt und unterhält ein attraktives Naherholungs- und Waldgebiet, welches die Ansprüche an eine intakte Natur mit den Forderungen nach einer mass- und sinnvollen Nutzung vereint.

4

Kulturelle und sportliche Aktivitäten haben in ALLSCHWIL ihren festen Platz und werden durch die Gemeinde projektbezogen unterstützt.

5

ALLSCHWIL bietet ein umfassendes schulisches Angebot an, welches den gesetzlichen Rahmenbedingungen entspricht und durch familienergänzende sowie soziale und therapeutische Beratungs- und Betreuungsangebote bedarfsorientiert abgerundet wird.

6

Einwohnerinnen und Einwohnern, die der Hilfe bedürfen, steht ALLSCHWIL beratend – und wo nötig – im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben unterstützend bei. ALLSCHWIL zählt auf die individuelle Leistung seiner Einwohnerinnen und Einwohner in allen Lebensbereichen und fördert deren Leistungsfähigkeit und Eigenverantwortung.

7

Den vielfältigen und vielschichtigen Sicherheitsbedürfnissen der Einwohnerschaft kommt ALLSCHWIL durch eine optimale Organisation und Arbeitsweise der Gemeindepolizei, der Feuerwehr sowie des Zivilschutzes nach. Die Hochwassergefahr ist mit einer zweckmässigen und naturnahen Schutzvorrichtung gebannt.

8

ALLSCHWIL setzt sich für eine gesunde und entwicklungsfähige kommunale Wirtschaft ein, weil dies eine wichtige Voraussetzung für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben darstellt. Die kommunale Wirtschaftsförderung bietet ideale Rahmenbedingungen für bestehende und zukünftige Unternehmen und fördert dadurch die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. ALLSCHWIL bewirtschaftet und entsorgt die Abfallstoffe nach den neusten technischen und ökologischen Erkenntnissen und Erfordernissen. Die Nutzung alternativer Energien wird durch ALLSCHWIL gefördert und unterstützt.

9

Die konstruktive Zusammenarbeit zwischen ALLSCHWIL und den Verantwortlichen des Flughafens Basel-Mülhausen ermöglicht einen Flughafenbetrieb unter Wahrung der Interessen und Erwartungen der direkt betroffenen Wohnbevölkerung sowie der regionalen Wirtschaft.

10

ALLSCHWIL ist in ein leistungsfähiges regionales Netz der öffentlichen Verkehrsmittel eingebunden und verzeichnet dadurch eine gesteigerte Wohnqualität und eine willkommene Verkehrsberuhigung.

11

ALLSCHWIL strebt den Anschluss an das übergeordnete regionale Strassennetz an und wird damit die Wohngebiete weitgehend vom Durchgangsverkehr entlasten können.

ALLSCHWIL ist ein Unternehmen ...

12

ALLSCHWIL wird nach dem Grundsatz des demokratischen, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates geführt. Die Führung ist fachlich, politisch und sozial kompetent. ALLSCHWIL bewahrt sich grösstmögliche Entscheidungsfreiheit in allen Angelegenheiten von lokalem öffentlichem Interesse.

13

ALLSCHWIL stellt sich neuen gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, technologischen und ökologischen Entwicklungen und leitet die notwendigen Änderungen rechtzeitig ein. Gefahren werden erkannt und Chancen genutzt. ALLSCHWIL ist bereit und in der Lage, Bisheriges in Frage zu stellen und neue Wege zu beschreiten.

14

ALLSCHWIL bedient sich bezüglich Personal-, Finanz- und Leistungsmanagement des Instrumentariums der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (New Public Management). Die Arbeitsmethodik ist projekt- sowie zielorientiert und auf die Bedürfnisse der Öffentlichkeit ausgerichtet. ALLSCHWIL betreibt eine fortschrittliche Personalpolitik, welche die Grundlage für engagierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bildet. Mit seiner flexiblen Struktur der Verwaltung kann ALLSCHWIL neue Herausforderungen effizient und effektiv bewältigen.

Die Leitideen 2000 - 2006

15

ALLSCHWIL pflegt mit den Gemeinwesen der Region eine partnerschaftliche und wirkungsvolle Zusammenarbeit. Zwecks Wahrung der Eigenständigkeit geht ALLSCHWIL im Bedarfsfall Kooperationen mit Unternehmungen und Organisationen des öffentlichen und privaten Rechts ein.

16

ALLSCHWIL ist eigenständig und pflegt eine selbstbewusste, ihrer Grösse angemessene Politik, deren Grundwerte Offenheit, Vertrauen und Mitsprache der Einwohnerinnen und Einwohner sind. Im direkten und offenen Dialog beteiligen sich die Einwohnerinnen und Einwohner frühzeitig an den kommunalen Entscheidungsprozessen.

17

ALLSCHWIL verfügt über die notwendigen Mittel, um die ihr übertragenen Aufgaben im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner zu erfüllen. Dadurch garantiert ALLSCHWIL die Attraktivität als Wohndomizil und Wirtschaftsstandort. Die Finanzpolitik von ALLSCHWIL basiert auf einem ausgeglichenen Haushalt und ermöglicht die notwendigen Investitionen, die auch auf die Ansprüche und Erwartungen kommender Generationen Rücksicht nehmen.

18

ALLSCHWIL pflegt die richtige, umfassende und zeitgerechte Information der Öffentlichkeit. Hierfür bedient sich ALLSCHWIL der modernen Informations- und Kommunikationsmittel und -wege.

Standortbestimmung

Ziele und Massnahmen zu den Leitideen ...

ALLSCHWIL ist eine städtische Grossgemeinde

1

Allschwil stellt mit einer zeitgemässen Infrastruktur, zweckmässigen öffentlichen Gebäuden sowie frei benutzbaren Freizeiteinrichtungen und –anlagen die Lebens- und Wohnqualität unter Beachtung der Selbstverantwortung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner sicher.

Zu verfolgende Ziele	Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen
1. Überbaubarkeit Quartierplanareal ‚Ziegelei‘ ermöglichen	▪ Rechtskräftige Quartierplanung erwirken
2. Gemeindeeigenes Bauland wirtschaftlich nutzen und die bestehenden Infrastrukturen massvoll pflegen und erhalten ¹	▪ Preisgünstigen Wohnraum realisieren ▪ Bestehende Gebäude zum richtigen Zeitpunkt sanieren
3. Veranstaltungssaal realisieren	▪ Quartierplanung realisieren ▪ Nutzungs- und Betriebskonzept erarbeiten
4. Bedarfsorientierte Sportanlagen erstellen	▪ Zusätzliches Rasenspielfeld realisieren ▪ Rotgrundplatz ersetzen ▪ Zweifach-Turnhalle planen
5. Öffentliche Spiel- und Pausenplätze sowie Anlagen bedürfnisgerecht ausgestalten	▪ Konzept erarbeiten und objektweise umsetzen
6. Verkehrssituation im Bereich Individualverkehr verbessern	▪ Kreuzung Grabenring / Hegenheimermattweg sanieren ▪ Kreuzung Baslerstrasse / Grabenring sanieren ▪ Park- und Ride-Anlage bei Landesgrenze zu Frankreich anstreben
7. Neue Gemeindeverwaltung beziehen	▪ Neue Verwaltung termingerecht beziehen
8. Kundenorientierung der Verwaltung pflegen und fördern	▪ ‚Einwohnerladen‘ in neuer Gemeindeverwaltung einführen ▪ Elektronische Schalterdienste (E-Gouvernement) anbieten

Standortbestimmung per Januar 2004

1) Die Quartierplanung ‚Ziegelei‘ konnte zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Die ersten Baugesuche wurden bewilligt und die Erschliessungsarbeiten (Strassen, Kanalisation, Wasser und Energie) sind im Gang. Die etappenweise Bebauung des gesamten Areals erfolgt ab 2004.

2) Diverse Studien² haben gezeigt, dass Allschwil über ausreichenden günstigen Wohnraum verfügt. Damit eine positive Entwicklung eingeleitet und die Attraktivität des Wohnortes Allschwil gesichert werden können, muss bei den anstehenden Neuüberbauungen auf die Realisierung von zeitgemässem und komfortablem Wohnraum geachtet werden. Diesen Erkenntnissen wurde - in enger Zusammenarbeit mit den Bauherrschaften - im Rahmen der verschiedenen Quartierplanungen (Sandweg, Rosen



Die Quartierplanung ‚Sandweg‘ wird attraktiven Wohnraum bieten

bergrain, Rankacker 2001 und Ziegelei) nachgelebt. Ein ähnliches Ziel verfolgt auch die Quartierplanung 'Wegmatten II'.



Renovierte Friedhofkapelle und Betriebsgebäude

Die bestehenden Friedhofgebäude wurden im Rahmen einer Gesamtsanierung³ erneuert und den heutigen Bedürfnisse angepasst. Gleichzeitig wurde das bedeutende Zeitdokument aus den frühen Fünfzigerjahren von störenden Elementen befreit und im Sinne des ursprünglichen Architekturgeistes wieder hergestellt.

3) Der Realisierung eines Veranstaltungssaales im Rahmen der Quartierplanung 'Wegmatten I' hat der Souverän die Zustimmung verweigert⁴.

4) Durch die in Planung stehende Sportanlage 'im Brühl' soll im Jahr 2005 der Bedarf an Sportanlagen abgedeckt werden. Mit der Inkraftsetzung des Bildungsgesetzes hat sich für die Erstellung der erforderlichen Turnhallen eine neue Ausgangslage ergeben. So wird die Realisierung der Turnhallen voraussichtlich beim Kanton Basel-Landschaft liegen.



5) Für die verschiedenen Pausenplätze der gemeindeeigenen Schulhausanlagen liegen die Konzepte für deren Ausgestaltung vor. Beim Schulzentrum Neullschwil ist die Neugestaltung in verschiedenen Etappen zur Realisierung gekommen. Die 3. Etappe findet im 2004 ihren Abschluss.



Kreisellösung für Kreuzung Grabenring - Baslerstrasse

6) Das Konzept 'Verkehrerschließung linksufriges Bachgrabengebiet'⁵ beinhaltet auch die Kreuzungssanierungen in den Bereichen Grabenring / Baslerstrasse und Grabenring / Hegenheimerweg. Die kostenlose Erstellung des Kreisels Grabenring / Baslerstrasse ist durch die Ablehnung der Quartierplanung 'Wegmatten I'

nicht möglich. Das Geschäft steht anfangs 2004 im Einwohnerrat zur Beratung an. Diese Massnahmen, welche den Verkehrsfluss sicherer und reibungsloser gestalten werden, sind nicht zuletzt auch deshalb erforderlich, weil der Souverän aufgrund einer Referendumsabstimmung⁶ die im revidierten Strassennetzplan enthaltene ‚Verlängerung der Parkallee‘ ins linksufrige Bachgrabengebiet abgelehnt hat.

Aufgrund einer Erhebung ist ein Park- und Ride-System einerseits mangels Interesse der Grenzgänger/innen und andererseits wegen des Fehlens eines attraktiven öffentlichen Verkehrsmittels, das eine schnelle Verbindung zu den Zielorten im Leimen- und Birstal anbietet, nicht opportun.

7 8) Die Räumlichkeiten der neuen Gemeindeverwaltung konnten fristgerecht im November 2001 bezogen werden. Seit

dem Bezug der neuen Verwaltung steht der Öffentlichkeit mit dem ‚All-Service‘ ein Dienstleistungsangebot nach dem Modell des One-Stop-Shops⁷ zur Verfügung.

Über die Homepage der Gemeinde Allschwil werden die nach heutigem Recht möglichen elektronischen Schalterdienste angeboten. Diese bieten eine willkommene Ergänzung des traditionellen Dienstleistungsangebotes.



Gemeindezentrum: Alles unter einem Dach

¹ Ziel- und Massnahmengergänzung gemäss Workshop Gemeinderat 2002

² Studie P/S/P/// i.S. Gemeindeentwicklung vom 19.9.2001

Studie Uni Basel / Verein MGU ‚Trendloft oder Wohnblock‘ vom Mai 2003

Studie InterUrban AG ‚Stärkung der lokalen Einkaufsfunktion vom 31.5.2001

Fragebogen-Auswertung Prognos ‚Gründe für den Wegzug aus Allschwil‘ vom 29.11.2001

³ Einwohnerrats-Geschäft Nr. 3377 A, Beschluss vom 22.1.2003

⁴ Volksabstimmung vom 30.11.2003, 4'087 Nein gegen 2'339 Ja

⁵ Einwohnerrats-Geschäft Nr. 2290 C/D

⁶ Volksabstimmung vom 2.12.2001; Verlängerung Parkallee: 3'709 Nein gegen 1'856 Ja

⁷ Organisatorische Einrichtung zur Erledigung möglichst vieler Angelegenheiten an einem Ort mit einer Ansprechperson

2

ALLSCHWIL vermittelt der Einwohnerschaft mit seinen gut gepflegten und sicheren öffentlichen Einrichtungen und Anlagen die erwartete Wohnlichkeit und Geborgenheit in einer städtischen Grossgemeinde. Die Synthese zwischen der historischen und geschützten Bausubstanz und modernen Architekturformen wird durch eine liberale Bauzonenordnung gefördert und unterstreicht die Aufgeschlossenheit von ALLSCHWIL.

Zu verfolgende Ziele

Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen

1. Sicherheit und Sauberkeit öffentlicher Plätze, Anlagen und Gebäude gewährleisten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Präventionskonzept ausarbeiten ▪ Polizeipräsenz intensivieren ▪ Sicherheitskonzept für öffentliche Plätze und Gebäude erarbeiten ▪ Informationsaktionen für unterschiedliche Zielgruppen durchführen
2. Sucht, Gewalt und Vandalismus durch Gassenarbeit vorbeugen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Konzept erarbeiten und Stellenschaffung prüfen
3. Neues zeitgemässes Bauen im Dorfkern ermöglichen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bauvorschriften liberalisieren ▪ Zonenreglement / Zonenplan ‚Dorfkern‘ revidieren

Standortbestimmung per Januar 2004

1 – 2) Unter den Begriffen Sicherheit und Sauberkeit erfolgte die Erarbeitung des Konzeptes ‚mobile Sommeraktion‘ des Jugendfreizeithauses Allschwil. Die erfolgreiche Umsetzung basiert auf den Grundsätzen der nachgehenden Jugendarbeit und setzt in erster Linie auf Information und Prävention.



Gassenarbeit mit dem Pärkli-Wäschi

Diese Jugendarbeit hat einen ganzheitlichen Auftrag, denn er umfasst die Aspekte der Drogen- und Gewaltprävention, der gegenseitigen Toleranz und Rücksichtnahme sowie der Eigenverantwortung der Jugendlichen. In ihrer ‚Gassentätigkeit‘ werden die Jugendarbeiter/innen nötigenfalls durch die Gemeindepolizei zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung unterstützt. Diese Kombination hat sich in den letzten zwei Jahren erfolgreich bewährt.

In Zusammenarbeit mit der Gemeindepolizei wurden zudem die Schulhäuser und die dazugehörigen Aussenanlagen als rauch- und alkoholfreie Zonen deklariert. Diesbe-

züglich hat der Gemeinderat ein Konzept verabschiedet, das unter anderem Prävention und Repression auf wirkungsvolle Art und Weise verbindet.

Das Einsatzgebiet soll im Jahr 2004 erweitert werden. Die Umsetzung dieses (noch) einzigartigen Konzeptes ist ohne zusätzliche Stellenschaffung möglich.

Im Rahmen der Sucht- und Gewaltprävention finden in den Schulen und im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen Informationsaktivitäten statt, welche auf die unterschiedlichen Ziel- und Altersgruppen ausgerichtet werden.



Attraktiver Wohnraum: Ein Bedürfnis

3) Die verschiedenen Studien (s.a. Kommentar zu Kapitel 1) haben gezeigt, dass die Schaffung des erforderlichen attraktiven Wohnraums zu einem beachtlichen Teil über die Zonenplanung und -vorschriften gesteuert bzw. angeregt werden kann. Die angelaufene Teilrevision der Dorf-kernvorschriften wird denn auch verbesserte Nutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zum Inhalt haben.



Raumplanung hat hohe Priorität

Der in Überarbeitung befindlichen Zonenvorschriften (Zonenplan und Zonenreglement) Siedlung wird ein Richtplan vorangestellt. Darin sollen die Entwicklung von Allschwil für die kommenden 15 Jahre aufgezeigt und Aussagen zur Bevölkerungsstruktur gemacht werden.

3

ALLSCHWIL pflegt und unterhält ein attraktives Naherholungs- und Waldgebiet, welches die Ansprüche an eine intakte Natur mit den Forderungen nach einer mass- und sinnvollen Nutzung vereint.

Zu verfolgende Ziele

Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen

1. Allschwiler Wald als Naherholungszone schützen und sichern	▪ Massnahmen der Uni Basel, des Forstamtes beider Basel und der Bürgergemeinde unterstützen
2. Naturnahe Lebensräume ‚Ziegeleiareal‘ und ‚Mühlebachtal‘ vernetzen	▪ Trittsteinbiotope und flankierende Massnahmen umsetzen

Standortbestimmung per Januar 2004

1) Mit der Unterschutzstellung des Allschwiler Waldes⁸ konnte das gesetzte Ziel vollumfänglich erreicht werden. Die in enger Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde Allschwil, der Uni Basel sowie dem Forstamt beider Basel erarbeiteten Schutz- und Nutzungsmassnahmen bilden die tragenden



Allschwiler Wald steht unter Schutz

Elemente für den angestrebten nachhaltigen Schutz dieses einmaligen Lebensraumes. Diese breit abgestützten Schutzbestrebungen werden durch das Waldgesetz⁹ auf ideale Weise ergänzt und somit auch rechtlich abgesichert.

2) Durch die Zonenplanmutation Landschaft ‚Schaffung einer Naturschutzzone Mühlebachtäl‘¹⁰ sowie die rechtskräftige Quartierplanung ‚Ziegelei‘ sind die Voraussetzungen für die Realisierung der geplanten Vernetzung der verschiedenen Biotope geschaffen. Die Umsetzung erfolgt etappenweise und steht in enger Abhängigkeit zum Baufortschritt im Areal der Ziegeleien sowie zur Realisierung des Hochwasserschutzes Allschwil-Dorf, die für das Jahr 2004 / 2005 geplant ist.

⁸ Regierungsratsbeschluss No. 416 vom 25.3.2003 (Verordnung über das Naturschutzgebiet ‚Allschwiler Wald‘, in Kraft seit 14.4.2003)

⁹ Waldgesetz vom 1.1.1999 inkl. Verordnung

¹⁰ Einwohnerrats-Geschäft 3136/A, Beschluss vom 14.2.2001

4

Kulturelle und sportliche Aktivitäten haben in ALLSCHWIL ihren festen Platz und werden durch die Gemeinde projektbezogen unterstützt.

Zu verfolgende Ziele

Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen

- | | |
|---|---|
| 1. Kulturelle sowie sportliche Initiativen und Veranstaltungen von Vereinen und Organisationen fördern und unterstützen | ▪ Kulturleitbild Allschwil umsetzen |
| 2. Richtlinien für projektbezogene Subventions- und Beitragsleistungen erarbeiten | ▪ Im Rahmen der Umsetzung des Kulturleitbildes realisieren |
| 3. Attraktivität Jugendmusikschule steigern | ▪ Attraktivitätssteigerung mit Umsetzung Kulturleitbild anstreben |

Standortbestimmung per Januar 2004

1 - 2) Das im September 2000 vom Einwohnerrat gutgeheissene und per 2001 in Kraft getretene Kulturleitbild¹¹ wurde in allen Teilen umgesetzt. Die sich aus dem Leitbild ergebenden Richtlinien für die Entrichtung projektbezogener Subventionen und Gemeindebeiträge sind in Kraft. Die Vereine haben diese neue Regelung positiv aufgenommen und unterstützen deren Umsetzung.

3) Die heutige Musikschule Allschwil zeichnet sich durch eine grosse Akzeptanz und Wertschätzung in der Öffentlichkeit aus. Das vielfältige Angebot der Musikschule wird durch eine grosse Zahl öffentlicher Auftritte (Schüler/innen-Konzerte, musikalische Umrahmungen diverser Veranstaltungen etc.) und adäquate Informationsveranstaltungen auf attraktive Art und Weise bekannt gemacht.

Die im Gang befindliche Planung des Musikschul-Zentrums in der Liegenschaft Baslerstrasse 255¹² (ehemaliges Schulhaus Neuallschwil) wird der Musikschule eine zusätzliche Attraktivitätssteigerung bringen. Sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die Lehrpersonen bietet die Konzentration der Kurse an einem Standort Vorteile.



Baslerstrasse 255 wird zum Musikschul-Zentrum

¹¹ Einwohnerrats-Geschäft Nr. 3110A, Beschluss vom 6.9.2000

¹² Einwohnerrats-Geschäft Nr. 3376A, Beschluss vom 19.11.2003

5

ALLSCHWIL bietet ein umfassendes schulisches Angebot an, welches den gesetzlichen Rahmenbedingungen entspricht und durch familienergänzende sowie soziale und therapeutische Beratungs- und Betreuungsangebote bedarfsorientiert abgerundet wird.

Zu verfolgende Ziele

Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen

1. Tagesschulangebote auf Stufen Kindergarten und Primarschule anstreben	▪ Trägerschaftsorganisation aufbauen
2. Einrichtung und Führung Familienzentrum unterstützen	▪ Bedarf abklären / Konzept und Trägerschaft erarbeiten
3. Angebote Psychomotorik-Therapie / Heilpädagogische Früherziehung ermöglichen	▪ Räumlichkeiten bereitstellen
4. Offene geschlechtsspezifische Jugendarbeit anbieten	▪ Mädchen- und Jungenveranstaltungen anbieten
5. Betriebsgebäude Robinson-Spielplatz ersetzen	▪ Neubau planen und realisieren ▪ Finanzierung regeln
6. Dienstleistung Schulpsychologischer Dienst / Erziehungsberatung optimieren	▪ Leistungsangebot und Stellenplan überprüfen
7. Schulraumangebot an Bevölkerungsbedürfnisse und kantonale Gesetzgebung anpassen	▪ Studien über Schulraumplanung und –nutzung erarbeiten

Standortbestimmung per Januar 2004

1) Auf der Ebene des Kindergartens steht die Ausarbeitung eines Konzeptes für den Betrieb eines Tageskindergartens in der vom Einwohnerrat bewilligten Quartierplanung ‚Rankacker 2001‘ an. Dieser Bericht wird im ersten Halbjahr 2004 dem Einwohnerrat zur Beratung vorliegen.

2, 5) Das Bedürfnis nach einem offenen Begegnungszentrum scheint unbestritten. Im Zuge der Beratungen hat der Gemeinderat eine Projektierung im Zusammenhang mit dem dringenden Ersatz des Robi-Betriebsgebäude beschlossen. Damit kann einerseits die Standortfrage geklärt werden und andererseits können dadurch Synergien geschaffen und freigesetzt werden.



Robi-Gebäude soll in Begegnungszentrum integriert werden

Die Einbettung in das bestehende Umfeld von Robi-Spielplatz und Jugendfreizeithaus schafft zudem die angestrebte Niederschwelligkeit der Angebote.

Mit der Planung der Betriebsräumlichkeiten wurde die Hauptabteilung Hochbau – Raumplanung beauftragt. Das detaillierte Betriebskonzept erarbeitet eine

Arbeitsgruppe unter der Federführung der Hauptabteilung Bildung – Erziehung – Kultur.

- 3) Die ehemaligen Räumlichkeiten des Kindergartens ‚Lindenpark‘ konnten für die Einrichtung und den Betrieb einer Praxis für Psychomotorik-Therapien vermietet werden. Diese Einrichtung wird durch die Stiftung Pädagogisch-therapeutisches Zentrum für Kinder Baselland sowie die Spielgruppe Wichtel Allschwil betrieben. Für dieses Angebot zeichnet vollumfänglich der Kanton verantwortlich.
- 4) Unter der Leitung des Robi- / JFZH-Teams werden regelmässig offene geschlechterspezifische Veranstaltungen organisiert und durchgeführt. Bei der Themenwahl wird den aktuellen Bedürfnissen der Jugendlichen sowie den jugendrelevanten gesellschaftspolitischen Veränderungen angemessen Rechnung getragen.
- 6) Das Dienstleistungsangebot des Schulpsychologischen Dienstes und der Erziehungsberatung wurde einer eingehenden Überprüfung unterzogen. Aufgrund dieser Abklärungen hat der Einwohner-rat eine Stellenerhöhung¹³ in Höhe von 50 % beschlossen.
- 7) Geeignete Schulräume werden - wo dies aus betrieblichen Gründen möglich ist - Vereinen und Organisationen zur Verfügung gestellt. Die Arbeitsgruppe ‚Schulraumplanung und Schulraumnutzung‘ hat ihre Abklärungen bis zur abschliessenden Umsetzung der aus dem neuen Bildungsgesetz resultierenden Konsequenzen sistiert. Vorerst muss mit dem Kanton Einigkeit über die Übernahme der Schulhausanlagen sowie die Abgeltung der auflaufenden Unterhalts- und Betriebskosten gefunden werden.

¹³ Einwohnerrats-Geschäft Nr. 3183A, Beschluss vom 23.1.2002

6

Einwohnerinnen und Einwohnern, die der Hilfe bedürfen, steht ALLSCHWIL beratend – und wo nötig – im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben unterstützend bei. ALLSCHWIL zählt auf die individuelle Leistung seiner Einwohnerinnen und Einwohner in allen Lebensbereichen und fördert deren Leistungsfähigkeit und Eigenverantwortung.

Zu verfolgende Ziele

Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen

1. Präventive Sozialarbeit im Umfeld der Schule aufbauen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bestehende Beratungs- und Betreuungsangebote vernetzen ▪ Interdisziplinäre Strukturen zur Unterstützung der Schule schaffen
2. Effiziente, zielorientierte Sozialarbeit für junge arbeitslose Erwachsene umsetzen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialarbeit im Lebensumfeld der Betroffenen ansiedeln ▪ Sozialarbeit auf zeitgemässe Kommunikationsmittel ausrichten
3. Zeitgemässe soziale Familienpolitik anstreben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Informations- / Beratungsdienst in Familienzentrum anbieten
4. Familienergänzende Kinderbetreuung für Eltern / Alleinerziehende erweitern	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Angebot der institutionellen und privaten Betreuungsplätze erweitern
5. Sozialberatung für Personen mit psychischen Leiden etablieren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Spitex-Dienst für entsprechende Zielgruppe aufbauen ▪ Stelle für Kriseninterventionen organisieren ▪ Tagesstätte / Treffpunkt aufbauen
6. Beratungseinrichtungen für gewaltbetroffene Familien aufbauen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fachliche / soziale Kompetenzen der Fachstellen optimieren ▪ Gewaltprävention an Schulen vertiefen

Standortbestimmung per Januar 2004

1) Diesen Zielsetzungen wird auf zwei Ebenen nachgelebt. Einerseits hat die Gemeinde die nachgehende Jugendarbeit (s.a. Kommentar zu Kapitel 2) aufgebaut und andererseits ist sie am Aufbau der vom Bildungsgesetz geforderten schulischen Sozialarbeit beteiligt.

2 – 3) Mit dem in Planung stehenden Projekt eines Familien- und Begegnungszentrums sollen einerseits die bereits vorhandenen Sozialangebote der Gemeinde zusammengezogen und andererseits erweitert bzw. vertieft werden. Dies gilt insbesondere für den Familienbereich.

Im Bereich der Jugendbetreuung wird das Sozialberatungsangebot (Beratung von arbeitslosen Jugendlichen, Hilfe bei Lehrstellen- und Stellensuche) ausgebaut und laufend aktualisiert.

4) Die Angebote der Kinderbetreuung wurden durch die Tagesheime Allschwil sowie den Verein Tageseltern bedarfsorientiert ausgebaut. Durch die Mütter- und Väterberatung wird dieses Angebot sinnvoll ergänzt. Mit den Trägerschaftsorganen wurden Leistungsvereinbarungen abgeschlossen.

5) Das heutige Spitex-Angebot nimmt sich Personen an, die psychischen Leiden unterliegen. Einerseits wird hier eine angemessene Betreuung gesichert und andererseits besteht ein geeignetes Netzwerk zur Vermittlung gezielter Hilfe und Behandlung. Das neue Spitex-Zentrum an der Baslerstrasse 247 bildet gleichzeitig auch eine zentrale Informationsstelle, welche vielfältige Triage-Aufgaben wahrnimmt.

6) Gewaltbetroffene Jugendliche und Erwachsene werden durch die Sozialen Dienste kompetent beraten und betreut. Es wird eine intensive Zusammenarbeit mit den Schulen gepflegt. Weiterführende Angebote, teilweise in Zusammenarbeit mit dem Kanton, werden laufend geprüft.

Im Rahmen der Sucht- und Gewaltprävention werden regelmässig Informationsveranstaltungen und Projekte in den Schulen durchgeführt. Inhaltlich sind diese jeweils auf die Zielgruppen ausgerichtet.

7

Den vielfältigen und vielschichtigen Sicherheitsbedürfnissen der Einwohnerschaft kommt ALLSCHWIL durch eine optimale Organisation und Arbeitsweise der Gemeindepolizei, der Feuerwehr sowie des Zivilschutzes nach. Die Hochwassergefahr ist mit einer zweckmässigen und naturnahen Schutzvorrichtung gebannt.

Zu verfolgende Ziele

Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen

1. Tätigkeit Gemeindepolizei effizient und bürgernah gestalten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erreichbarkeit der Polizistinnen und Polizisten rund um die Uhr garantieren ▪ Entsprechend der Kantonalen Polizeischule ausbilden ▪ Verkehrssicherheit durch geeignete Massnahmen steigern
2. Feuerwehrorganisation optimieren / Einsatzbereitschaft gewährleisten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Konzept Feuerwehr 2000+ prüfen und umsetzen ▪ Rechtsgrundlagen (Feuerwehrreglement) revidieren ▪ Fahrzeugbestände im Hinblick auf Einführung Modulsystem prüfen ▪ Mannschaftsbestände und Rekrutierung sicherstellen ▪ Koordination mit der Zivilschutzorganisation umsetzen
3. Betriebsräume für Feuerwehr bereitstellen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bau eines Feuerwehrmagazins realisieren
4. Zivilschutzorganisation optimieren / Einsatzbereitschaft gewährleisten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Koordination mit der Feuerwehrorganisation umsetzen ▪ Betreuungsdienst für die Schutzräume ausbauen
5. Hochwasserschutz ‚Allschwil-Dorf‘ realisieren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Konsensfähige Schutzmassnahmen erarbeiten und umsetzen

Standortbestimmung per Januar 2004

1) Die Angehörigen der Gemeindepolizei sind in eine Pikettorganisation eingebunden, welche die Erreichbarkeit rund um die Uhr gewährleistet. Im Jahre 2000 konnte die vom Einwohnerrat 1999 beschlossene Stellenaufstockung vollzogen werden, was sich auf die öffentliche Präsenz der Gemeindepolizei positiv auswirkte. Die Einsatzplanung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Polizei Basel-Landschaft. Die Gemeindepolizisten verfügen über die für die Ausübung ihrer Tätigkeit erforderliche Ausbildung. Sie absolvieren zudem bedarfsorientierte Fortbildungskurse.

Im gesamten Gemeindegebiet wird die Verkehrssicherheit laufend überprüft und durch geeignete punktuelle Massnahmen verbessert. Parallel dazu steht das Konzept ‚Verkehr‘, welches auch die Parkraumbewirtschaftung beinhaltet, in Ausarbeitung. Die intensivierten regelmässigen Geschwindigkeitskontrollen tragen wesentlich zur Steigerung der Verkehrssicherheit bei.



Öffentliche Präsenz wird geschätzt

2) Das Konzept ‚Feuerwehr Allschwil‘¹⁴ wurde durch den Einwohnerrat gutgeheissen. Damit hat sich das Parlament eindeutig für eine einsatzkräftige und eigenständige Feuerwehr ausgesprochen. In der Folge wurden auch die Investitionskredite für die Beschaffung der erforderlichen Fahrzeuge¹⁵ bewilligt.



Modernste Technik unterstützt die Feuerwehr

Das Feuerwehrreglement wurde einer Totalrevision¹⁶ unterzogen und durch den Einwohnerrat beschlossen.

Der heutige Mannschaftsbestand der Feuerwehr gewährleistet deren Einsatzfähigkeit rund um die Uhr. Der jährlichen Rekrutierung zur Sicherstellung des Leistungsauftrages wird besondere Beachtung geschenkt. Für die Mitwirkung in der Feuerwehr wird mit Flyern und im Rahmen von öffentlichen Präsentationen geworben.

3) Für den Bau eines neuen Feuerwehrmagazins konnte noch kein geeigneter Standort gefunden werden. Gleichzeitig musste das Vorhaben in der Investitionsplanung zeitlich verschoben werden.

2 / 4) Die Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Zivilschutz und Feuerwehr erfährt durch die Umsetzung der anstehenden Einführung des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz eine neue Grundlage. Auf dieser Basis kann die angestrebte Zusammenarbeit sowie die geplante Regionalisierung mit der Gemeinde Schönenbuch vollzogen werden.

Der Ausbau der Betreuungsdienste für die einzelnen Schutzräume erfolgt schrittweise und im Hinblick auf die neuen gesetzlichen Vorgaben.

5) Der Einwohnerrat hat am 13. November 2002 dem überarbeiteten Projekt eines Hochwasserschutzes¹⁷ in Form eines Rückhaltebeckens beim ‚Isige Brüggli‘ im Mühlebachtal zugestimmt. Die Bauarbeiten werden im Verlauf des Jahres 2004 einsetzen. Im Rahmen dieses Projektes werden auch umfangreiche Schutzmassnahmen für Amphibien realisiert (s.a. Leitideen gem. Kapitel 3).

¹⁴ Einwohnerrats-Geschäft Nr. 3304A, Beschluss vom 30.4.2003

¹⁵ Einwohnerrats-Geschäft Nr. 3290A, Beschluss vom 30.4.2003

¹⁶ Einwohnerrats-Geschäft Nr. 3287A, Beschluss vom 17.4.2002

¹⁷ Einwohnerrats-Geschäft Nr. 2280B, Beschluss vom 13.11.2002

8

ALLSCHWIL setzt sich für eine gesunde und entwicklungsfähige kommunale Wirtschaft ein, weil dies eine wichtige Voraussetzung für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben darstellt. Die kommunale Wirtschaftsförderung bietet ideale Rahmenbedingungen für bestehende und zukünftige Unternehmen und fördert dadurch die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. ALLSCHWIL bewirtschaftet und entsorgt die Abfallstoffe nach den neusten technischen und ökologischen Erkenntnissen und Erfordernissen. Die Nutzung alternativer Energien wird durch ALLSCHWIL gefördert und unterstützt.

Zu verfolgende Ziele	Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen
1. Beziehungen zwischen Unternehmerinnen, Unternehmern, Behörden und Verwaltung fördern und vertiefen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unternehmer-Treffen durchführen ▪ Bestand der in Allschwil domizilierten Unternehmen aus Wirtschaft und Gewerbe pflegen ▪ Aktive Mitwirkung der Behörden und der Verwaltung an Anlässen der Wirtschaft und des Gewerbes anstreben
2. Standortattraktivität für Unternehmen steigern	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Steuersatz für juristische Personen überprüfen ▪ Kontakte für Standortinteressenten vermitteln ▪ Verkehrserschliessung des Gewerbegebiets ‚Bachgraben‘ optimieren
3. Qualitätsauszeichnung ‚Energistadt‘ anstreben	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bestandesaufnahmen aktualisieren und ergänzen
4. Nachhaltige Abfallbewirtschaftung verfolgen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einwohnerschaft verstärkt und nachhaltig informieren ▪ Sammelangebote bedarfsorientiert ausrichten und Recycling-Gedanken fördern

Standortbestimmung per Januar 2004

1) Im Jahre 2001 lud der Gemeinderat zum Allschwiler Unternehmertreff ein. Die Organisation und Durchführung dieser jährlich durchgeführten Veranstaltungen wird abwechslungsweise durch ein ortsansässiges Unternehmen oder die Gemeinde übernommen.

Die Kontakte zu den örtlichen Unternehmen werden auf unterschiedliche Weise gepflegt. So finden regelmässige Sitzungen der Arbeitsgruppe ‚Wirtschaftsförderung‘ statt. Diese dienen dem gegenseitigen Austausch von Informationen hinsichtlich aktueller Fragen, welche einerseits die Wirtschaft und andererseits die Gemeindebehörden beschäftigen.

Der Gemeinderat nimmt an den Veranstaltungen und Anlässen der Wirtschaft und des Gewerbes auf deren Einladung hin teil.

Die vom Gemeinderat im Jahre 2002 neu gebildete ‚Stabsstelle Standort- und Wohnortmarketing‘ bewährt sich. Die von dieser Stelle erbrachten Dienstleistungen werden allseits sehr geschätzt. Die Vorstellung des ‚Unternehmens‘ Swiss Indoors im Herbst 2003 durch deren Gründer Roger Brennwald bildete den Auftakt einer neuen Reihe von Informationsveranstaltungen unter dem Titel ‚TreffPunkt Gemeindezentrum‘.

2) Die zahlreichen Diskussionen mit Wirtschafts- und Gewerbevertretern haben gezeigt, dass für die Standortwahl und die Unternehmensentwicklung dem Steuersatz für juristische Personen eine untergeordnete Rolle zu-



kommt. Seitens der öffentlichen Hand wird von den Unternehmern vielmehr die Schaffung wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen erwartet, welche der Entwicklung der Unternehmen förderlich sind.

Diesen Anforderungen konnte die Gemeinde in unterschiedlicher Weise nachkommen. So erfolgte u.a. die wiederholt gewünschte Aufzoning in der Gewerbezone des linksufrigen Bachgrabenge-



Gewerbezone LBG: Aufgezont und mit ÖV erschlossen

biets¹⁸ sowie deren Erschliessung durch die Buslinie Nr. 38. Geschätzt wird aber auch die fachlich kompetente Beratung von standortinteressierten Unternehmen und die Unterstützung in baulichen Fragen.

Aus diesen zahlreichen Beratungen resultierte nicht zuletzt ein erfreulicher Zuwachs an Arbeitsplätzen und die Ansiedlung neuer Unternehmen. Hingegen muss klar erkannt werden, dass eine Einflussnahme seitens der Gemeinde auf Entscheidungen bezüglich Stellenabbau oder Betriebsverlegungen kaum möglich ist.

Die ‚Beratungstätigkeit‘ der Gemeinde findet auch im Bereich des Wohnungsbaus statt, denn die dringend notwendige Schaffung von neuem attraktivem Wohnraum kann zum grössten Teil nur über private Investoren realisiert werden. Dabei kann denn auch auf die Erkenntnisse aus den verschiedenen Studien (s.a. Kommentar zu Kapitel 1) zurückgegriffen werden.

Das im Jahr 1999 geschaffene Firmen- und Branchenverzeichnis wird auf der Homepage der Gemeinde Allschwil laufend gemäss den Anliegen der Unternehmen ergänzt. Für das Jahr 2004 ist eine grundlegende Aktualisierung vorgesehen.

3) Das Vorhaben zu Erlangung der Qualitätszeichnung ‚Energistadt‘ musste sistiert werden. Das Parlament hat am 12. Dezember 2001 den beantragten Budgetkredit zur Aktualisierung und Ergänzung der für die Auszeichnung erforderlichen Bestandesaufnahme abgelehnt.

Eine Teilnahme der Gemeinde Allschwil als Pilotgemeinde am kantonalen Förderprogramm IMPULS 21 hat der Einwohnerrat mit der Überweisung eines dringlichen Postulates¹⁹ am 29. Oktober 2003 indessen zugestimmt. Im Mittelpunkt dieses Förderprogramms stehen die verschiedenen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung von basellandschaftlichen Gemeinden.

4) Mit regelmässigen Publikationen wird die Einwohnerschaft auf die Notwendigkeit einer konsequenten Abfallbewirtschaftung informiert. Unterstützt werden diese Bestrebungen durch besondere Aktionen wie beispielsweise die Teilnahme am Schweizerischen Clean-Up-Day, dem jährlichen Bring- und Holtag der Gemeinde Allschwil sowie weiterer kommunaler, regionaler und gesamtschweizerischer Aktionen. Mit dem in Ausarbeitung stehenden Gestaltungskonzept Lindenplatz soll auch in diesem Gemeindeteil das Bedürfnis nach einer zeitgemässen Wertstoffsammelstelle für das Gebiet Neuallschwil gedeckt werden.



‚Mir stinkt’s‘ - eine Aktion für saubere Luft

¹⁸ Einwohnerratsgeschäft Nr. 3385A, Beschluss vom 30.4.2003

¹⁹ Postulat Nr. 3465, überwiesen am 29.10.2003

9

Die konstruktive Zusammenarbeit zwischen ALLSCHWIL und den Verantwortlichen des Flughafens Basel-Mülhausen ermöglicht einen Flughafenbetrieb unter Wahrung der Interessen und Erwartungen der direkt betroffenen Wohnbevölkerung sowie der regionalen Wirtschaft.

Zu verfolgende Ziele

Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen

1. Auswirkungen des Luftverkehrs vermindern Flugverkehr lärmintensiver Maschinen eliminieren	▪ Schaffung und Betrieb einer Anlauf- und Informationsstelle für die Bevölkerung
2. Nachtflugverbot von 22 bis 7 Uhr durchsetzen	▪ Bestehende organisatorische und politische Strukturen optimal einsetzen
3. Anwohnergerechte Pistenbewirtschaftung fordern	

Standortbestimmung per Januar 2004

1 – 3) Seit dem 1. Januar 2002 wird in der Hauptabteilung Tiefbau – Umwelt eine zentrale Fachstelle für Flugverkehrsfragen betrieben. Ihr ist mittels Leistungsauftrag die Flugverkehrsthematik als dauernde Aufgabe übertragen worden. Beraten wird diese Verwaltungsstelle durch eine Projektgruppe, welche unter anderem auch die Standpunkte des ‚Schutzverbandes‘ sowie des ‚Forums‘ in geeigneter Form einbringt.

Die Anliegen der Eliminierung lärmintensiver Maschinen, eines Nachtflugverbots von 22 bis 7 Uhr sowie einer anwohnergerechten Pistenbewirtschaftung sind anhaltende Forderungen, welche durch

die erwähnte Fachstelle im Interesse der Gemeinde Allschwil immer wieder erhoben werden. Durch den Rückgang der Flugbewegungen und der Frachtbewegungen ist eine gewisse Entschärfung in der Fluglärmproblematik eingetreten. Dies darf jedoch nicht zu einer ‚Vernachlässigung‘ der Auftragserfüllung verleiten.



10 ALLSCHWIL ist in ein leistungsfähiges regionales Netz der öffentlichen Verkehrsmittel eingebunden und verzeichnet dadurch eine gesteigerte Wohnqualität und eine willkommene Verkehrsberuhigung.

Zu verfolgende Ziele

Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen

- | | |
|--|--|
| 1. Direkte öffentliche Verkehrsverbindung zum Bahnhof Basel SBB schaffen | ▪ Aufnahme der Verkehrsverbindung in den generellen Leistungsauftrag der BVB/BLT anstreben |
|--|--|

Standortbestimmung per Januar 2004

1) Die Abklärungen über die Schaffung einer direkten Verkehrsverbindung zum Bahnhof Basel SBB wurden in den letzten Jahren wieder intensiviert. Der Kanton Basel-Landschaft, die Gemeinden Allschwil und Schönenbuch sowie die Verkehrsunternehmen BVB / BLT haben diesbezügliche Studien ausgearbeitet und auch der Öffentlichkeit präsentiert. Die Ausarbeitung dieser Vorschläge erfolgte im Rahmen der umfassenden Studien 'Optimierung der öV-Erschliessung im Raum Allschwil'. Im Einwohnerrat wurden diese Bestrebungen durch gezielte politische Vorstösse²⁰ unterstützt.



Ohne Umsteigen: Allschwil – Bahnhof Basel SBB

²⁰ Postulate Nr. 3454 und 3455, überwiesen am 19.11.2003

11 ALLSCHWIL strebt den Anschluss an das übergeordnete regionale Strassennetz an und wird damit die Wohngebiete weitgehend vom Durchgangsverkehr entlasten können.

Zu verfolgende Ziele

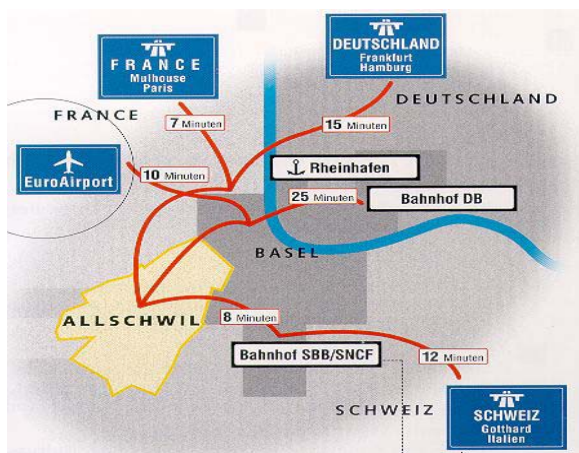
Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen

1. Individualverkehr in leistungsfähiges regionales Strassennetz einbinden

- Verbindungsstrasse Hegenheimermattweg – Landesgrenze zu Frankreich
- Anschluss der Gemeinde Allschwil an die Nordtangente

Standortbestimmung per Januar 2004

- 1) Die seit Jahren laufenden Beratungen zeigen, dass für die Anliegen der Gemeinde Allschwil – spürbare Entlastung vom Durchgangsverkehr und Anbindung an das übergeordnete regionale Strassennetz – keine sofortigen oder mittelfristigen Lösungen möglich sind. Eine echte und nachhaltige Verkehrsentlastung kann die ‚Südumfahrung Basel‘ bringen, die von der Nordtangente in Basel bis zur H 18 im Raume Aesch führen soll. Dieses Projekt steht vor dem Abschluss, und es dient als Basis für die Aufnahme in das Schweizerische Hauptstrassennetz. Dies ist die Voraussetzung zur Freigabe von Bundesbeiträgen, ohne die ein Bau des Strassenzuges undenkbar ist. Der Realisierungshorizont für die ‚Südumfahrung Basel‘ kann im jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden.



Optimale Anbindungen sind notwendig

Standortbestimmung

Ziele und Massnahmen zu den Leitideen ...

ALLSCHWIL ist ein Unternehmen

12 ALLSCHWIL wird nach dem Grundsatz des demokratischen, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates geführt. Die Führung ist fachlich, politisch und sozial kompetent. ALLSCHWIL bewahrt sich grösstmögliche Entscheidungsfreiheit in allen Angelegenheiten von lokalem öffentlichem Interesse.

Zu verfolgende Ziele

1. Rechtmässige und willkürfreie Verwaltungstätigkeiten in allen Bereichen sicherstellen
2. Aktuelle, griffige und verständliche kommunale Rechtsgrundlagen gewährleisten

Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen

- Wiederkehrende Schreiben auf ihre juristisch korrekte Fassung prüfen und entsprechende Vorlagen erstellen
- Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für rechtmässiges Handeln
- Kommunale Erlasse an veränderte Grundlagen und Anforderungen anpassen

Standortbestimmung per Januar 2004

1 – 2) Sämtliche wiederkehrenden Korrespondenzen und Erlasse der Gemeindeverwaltung werden regelmässig einer grundlegenden juristischen Überprüfung unterzogen. Dabei geht es insbesondere um die Gewährleistung des rechtsstaatlichen Handelns. Diese Prüfung und die dadurch ausgelösten Anpassungen haben sich gelohnt, denn die Verwaltung hat keinerlei Beschwerden oder Einsprachen zu verzeichnen, welche auf rechtliche Mängel zurückzuführen sind.

Die angestrebte Sensibilisierung der Mitarbeitenden erfolgt unwillkürlich im Zuge dieser rechtlichen Abklärungen.

3) Die kommunalen Reglemente und Verordnungen werden laufend an die neuen Gegebenheiten und Anforderungen angepasst. Insbesondere betrifft dies den raumplanerischen Bereich, in welchem die Zonenvorschriften Siedlung und die Dorfkernbestimmungen in Bearbeitung stehen. Auf kommunale Bestimmungen, welche durch übergeordnetes Recht geregelt werden, wird verzichtet oder sie werden aufgehoben (z.B. Submissionsreglement, Bestimmungen über das Halten potentiell gefährlicher Hunde).

Die erforderlichen Anpassungen aufgrund des neuen kantonalen Bildungsgesetzes im Bereich Kindergarten und Musikschule stehen in Vorbereitung.



13 ALLSCHWIL stellt sich neuen gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, technologischen und ökologischen Entwicklungen und leitet die notwendigen Änderungen rechtzeitig ein. Gefahren werden erkannt und Chancen genutzt. ALLSCHWIL ist bereit und in der Lage, Bisheriges in Frage zu stellen und neue Wege zu beschreiten.

Zu verfolgende Ziele

Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen

- | | |
|---|---|
| 1. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungstendenzen und Anforderungen rechtzeitig erkennen | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aktive Mitarbeit in Fachorganisationen vertiefen ▪ Netzwerk zu Informationsstellen und Informationsquellen aufbauen und in Verwaltung implementieren |
|---|---|

Standortbestimmung per Januar 2004

1) In den vergangenen Jahren hat Allschwil sein Engagement und seine Mitarbeit in verschiedenen regionalen und grenzübergreifenden Organisationen eingebracht und vertieft.

Die Gemeinde Allschwil nimmt in folgenden Organisationen eine aktive Rolle ein:



- Trinationale Agglomeration Basel TAB
- Nachbarschaftskonferenz
- Regio TriRhena-Rat
- Infobest Palmrain.

Diese Gremien dienen der Erörterung diverser grenzüberschreitender Fragen, die natürlich auch Allschwil als Grenzgemeinde betreffen.

Schwerpunkte bilden:

- die grenzüberschreitende Raumplanung
- die Stärkung des trinationalen Wirtschaftsstandortes ‚Basel‘
- die grenzüberschreitende Koordination in diversen Bereich (z.B. in Umwelt-, Gesundheits- und Bildungsfragen)
- die Umsetzung der EU-Vetträge und deren Konsequenzen für die Region
- die Stärkung einer gemeinsamen Identität in der Bevölkerung

Im Jahr 2003 führte die Gemeinde Allschwil das Präsidium der ‚Nachbarschaftskonferenz‘.

2) Durch die Mitwirkung in diesen Gremien konnte sich die Gemeinde Allschwil in ein breit abgestütztes Netzwerk einbringen und entsprechend wertvoll sind die daraus erhältlichen Informationen.

14

ALLSCHWIL bedient sich bezüglich Personal-, Finanz- und Leistungsmanagement des Instrumentariums der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (New Public Management). Die Arbeitsmethodik ist projekt- sowie zielorientiert und auf die Bedürfnisse der Öffentlichkeit ausgerichtet. ALLSCHWIL betreibt eine fortschrittliche Personalpolitik, welche die Grundlage für engagierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bildet. Mit seiner flexiblen Struktur der Verwaltung kann ALLSCHWIL neue Herausforderungen effizient und effektiv bewältigen.

Zu verfolgende Ziele	Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen
1. Fortschrittliche Anstellungs- und Arbeitsbedingungen sowie zeitgemässe Entlohnung etablieren	▪ Das neue Personal- und Besoldungsreglement sowie dessen Verordnung umsetzen
2. Fachliche und soziale Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern	▪ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allgemein und individuell fortbilden ▪ Lehrtöchter, Lehrlinge, Praktikantinnen und Praktikanten qualifiziert ausbilden
3. Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (New Public Management) umsetzen; Projekt Allwo	▪ Leistungsaufträge und Verantwortlichkeiten für alle Verwaltungsbereiche definieren ▪ Instrumente des Leistungs-, Finanz- (Kosten-/Leistungsrechnung) und Personalcontrollings für Gesamtverwaltung anwenden
4. Steuerungsdienst für Verwaltungscontrolling in den Bereichen Finanzen, Leistung und Personal aufbauen	▪ Leistungsauftrag für Steuerungsdienst definieren
5. Zeitgemässe Informationstechnik auf allen Verwaltungsebenen bereitstellen; Projekt NILA	▪ Die erforderlichen Programmapplikationen gemäss Projektauftrag einführen

Standortbestimmung per Januar 2004

1) Die Bestimmungen des im Jahr 1999 beschlossenen Personal- und Besoldungsreglements sowie der dazugehörigen Verordnung sind vollumfänglich umgesetzt. Die in der Verordnung aufgeführten Richtlinien und Weisungen (z.B. Mobbing, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz) stehen in Kraft.

2) Den Mitarbeitenden aller Verwaltungsbereiche werden regelmässig Fortbildungskurse ermöglicht. Hinzu kommen zahlreiche aufgabenbezogene Kurse sowie die Ausbildung in spezifischen IT-Programmanwendungen. Für die Führungsverantwortlichen werden wiederkehrend Führungsseminare organisiert. Besondere Beachtung wurde in den Jahren 2002 / 2003 der Ausbildung der Lehrlingsbetreuer/innen im Hinblick auf die Umsetzung der KV-Reform geschenkt.

Die Ausbildungsprogramme für Lehrlinge / Lehrtöchter werden inhaltlich regelmässig geprüft und auf die aktuellen Anforderungen der Berufsbildung ausgerichtet. Die Ausbildung der kaufmännischen Lehrlinge erfolgt nach den Vorgaben der KV-Reform.

Die Ausbildung der verschiedenen Praktikantinnen bzw. Praktikanten erfolgt individuell und wird auf die persönlichen Bedürfnisse und Erwartungen ausgerichtet.

3) Die vom Einwohnerrat im September 1997 beschlossene Einführung des New Public Managements für alle Verwaltungsbereiche und der damit verbundene Einsatz neuer Steuerungs- und Führungsinstrumente konnte per Frühjahr 2003 abgeschlossen werden²¹. Alle Verwaltungsbereiche verfügen über Leistungsaufträge, und es wird eine Kosten- / Leistungsrechnung geführt.

Durch das flexible Personalmanagement, den Einsatz der Leistungsaufträge sowie der leistungsbezogenen Arbeitszeiterfassungen werden die vorhandenen Personalressourcen optimal genutzt. Neu-besetzungen von vakanten Stellen gehen vorgängig eingehende Abklärungen über die Notwendigkeit und den pensenmässigen Umfang einer Wiederbesetzung voraus. Die Ausschöpfung des jährlich genehmigten SOLL-Stellenplanes wird laufend überwacht.

4) Die neuen Führungsaufgaben, die sich aus der Umsetzung von NPM-Grundsätzen ergeben, wurden stufengerecht in den Stellenbeschreibungen der Hauptabteilungsleiter/in integriert. Die Wahrnehmung von Controllingaufgaben im Kosten- / Leistungsbereich ist in erster Linie Aufgabe der Hauptabteilungsleiter/in. Koordinationsaufgaben und Informationsaustausch erfolgen bedarfsorientiert im Rahmen der vierzehntäglichen Sitzungen der Hauptabteilungsleiter/in.

5) Durch den erfolgreichen Abschluss des Projektes NILA (Neue Informatiklösung Allschwil) per 31.12.2001 verfügt die Gemeindeverwaltung Allschwil über eine der modernsten und effizientesten IT-Lösungen auf Gemeindeebene²². Die verschiedenen Programmapplikationen entsprechen dem neusten Stand der Entwicklung und decken die Bedürfnisse der Verwaltung vollumfänglich ab. Durch den Einbau einer Firewall und der Umsetzung weiterer sicherheitsrelevanter betrieblicher und organisatorischer Massnahmen konnte ein ausreichender Sicherheitsstandard erreicht werden.

²¹ Einwohnerrats-Geschäft Nr. 3439/A, Beschluss vom 19.11.2003

²² Einwohnerrats-Geschäft Nr. 3337; Beschluss vom 20.3.2002

15 ALLSCHWIL pflegt mit den Gemeinwesen der Region eine partnerschaftliche und wirkungsvolle Zusammenarbeit. Zwecks Wahrung der Eigenständigkeit geht ALLSCHWIL im Bedarfsfall Kooperationen mit Unternehmungen und Organisationen des öffentlichen und privaten Rechts ein.

Zu verfolgende Ziele

Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen

1. Wirkungs- und zielorientierte Interessengemeinschaften eingehen	▪ Aktive Zusammenarbeit mit Gemeinden und Organisationen anstreben
2. Kommunale und interkommunale Synergien freisetzen	▪ Effiziente Leistungs- und Kompetenzzentren bilden

Standortbestimmung per Januar 2004

1 - 2) Eine wirkungs- und zielorientierte Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden ergibt sich aufgrund der bisherigen Erfahrungen primär dann, wenn Regionalisierungen und Zusammenschlüsse durch übergeordnete Bestimmungen vorgegeben werden. Solche aktive Zusammenarbeit besteht schwerpunktmässig in den Bereichen Gesundheitswesen sowie Betagten- / Altersbetreuung und wird in Leistungsvereinbarungen geregelt.

In verschiedenen basellandschaftlichen Informatik-Erfahrungsgruppen arbeiten Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung aktiv mit. In diesen Gremien werden die Gemeinde-Softwareentwicklungen und -anforderungen gemeinsam besprochen und gegenüber den verschiedenen Lieferanten vertreten.

Weitere Beispiele sind der gemeinsame Unterstützungszug des Zivilschutzes mit der Gemeinde Binningen sowie der anstehende Vertragsabschluss mit der Gemeinde Schönenbuch über die Regionalisierung des Zivilschutzes im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz.

Eine kommunale Zusammenarbeit findet auch – wie in der teilrevidierten Gemeindeordnung²³ festgehalten - bei der Musikschule²⁴ statt.

²³ Volksabstimmung vom 30.11.2003, 3'081 Ja gegen 2'676 Nein

²⁴ Einwohnerrats-Geschäft Nr. 3461A vom 14.1.2004, Beschluss vom 18.2.2004

16 ALLSCHWIL ist eigenständig und pflegt eine selbstbewusste, ihrer Grösse angemessene Politik, deren Grundwerte Offenheit, Vertrauen und Mitsprache der Einwohnerinnen und Einwohner sind. Im direkten und offenen Dialog beteiligen sich die Einwohnerinnen und Einwohner frühzeitig an den kommunalen Entscheidungsprozessen.

Zu verfolgende Ziele

Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen

1. Frühzeitigen Einbezug der Bevölkerung in Meinungsbildungsprozesse gewährleisten	▪ Angebote über Podiumsgespräche, Befragungen, Diskussionsgruppen und virtuelle Plattformen erweitern
2. Dienstleistungsangebote der Gemeinde bekannt machen	▪ Leistungsportraits der Verwaltungsbereiche präsentieren ▪ Leistungsaufträge der Verwaltung sind einsehbar

Standortbestimmung per Januar 2004

1) Im Bereich der Raum- und Ortsplanung stehen heute aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen²⁵ sehr gute und effiziente Verfahren zur Verfügung, welche eine umfassende und effektive Information der Einwohnerinnen und Einwohner gewährleisten und somit auch deren frühzeitigen Einbezug in den Meinungsbildungsprozess gewährleisten.

Je nach Bedeutung der anstehenden Geschäfte werden diese gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren durch begleitende Medienorientierungen und Informationsveranstaltungen ergänzt.

Die Mittel der Befragungen und die Einsetzung von Diskussionsgruppen müssen unter den Aspekten der zu erwartenden repräsentativen Aussagen und der damit verbundenen Kosten betrachtet werden. Befragungen, von denen ‚verbindliche‘ Aussagen abgeleitet werden können, müssen durch hierfür geeignete Institute durchgeführt werden. Beim Einsatz von Diskussionsgruppen zeigt sich immer wieder, dass nur sehr engagierte Einwohnerinnen und Einwohner in solchen Gremien mitwirken, die zudem mit der zur Diskussion stehenden Thematik bereits in einer gewissen Verbindung stehen. Mit den aus diesen Gruppen gewonnenen Erkenntnissen kann nur sehr beschränkt auf die ‚allgemeine Volksmeinung‘ geschlossen werden. Sowohl Volksbefragungen als auch Diskussionsgruppen vermitteln lediglich eine unverbindliche Momentaufnahme.

2) Im Jahr 2001 fand im Werkhof ein ‚Tag der offenen Tür‘ statt, der einen Einblick in das umfassende Aufgabengebiet der Regiebetriebe ermöglichte.

Anlässlich der regelmässigen Begrüssungs-Apéros für neuzugezogene Personen wird den Gästen ein Kurzüberblick über das Dienstleistungsangebot der Gemeindeverwaltung vermittelt.

Die Leistungsaufträge und -berichte aller Hauptabteilungen der Gemeindeverwaltung werden seit 2002 dem Einwohnerrat zugestellt und sind somit auch der Öffentlichkeit zugänglich. Zudem ist das Dienstleistungsangebot der Verwaltung auf der Homepage der Gemeinde Allschwil einsehbar.

²⁵ Raumplanungs- und Baugesetz vom 1.1.1999, § 7

17 ALLSCHWIL verfügt über die notwendigen Mittel, um die ihr übertragenen Aufgaben im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner zu erfüllen. Dadurch garantiert ALLSCHWIL die Attraktivität als Wohndomizil und Wirtschaftsstandort. Die Finanzpolitik von ALLSCHWIL basiert auf einem ausgeglichenen Haushalt und ermöglicht die notwendigen Investitionen, die auch auf die Ansprüche und Erwartungen kommender Generationen Rücksicht nehmen.

Zu verfolgende Ziele	Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen
1. Gesunde Finanzstrukturen erhalten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zeit- und bedarfsgerechtes Steuerungs- und Führungsinstrumentarium anwenden ▪ Professionelles Finanzmanagement (Mittelbeschaffung, Liquiditätsplanung) fortführen ▪ Termingerechte Steuerveranlagung sicherstellen ▪ Einjährige Steuerveranlagung vorbereiten und umsetzen
2. Mittelfluss in die gemeindeeigenen Liegenschaften optimieren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundsätze des Facility-Managements (Gezielte Baumaterialwahl / Bewirtschaftungs- und Unterhaltsplan) anwenden
3. Besondere Informationsdienstleistungen ohne Steuergelder finanzieren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erschliessung neuer Einnahmemöglichkeiten ▪ Verkauf von Leistungen des Rechenzentrums / Bedarfsanalyse – Machbarkeitsstudie

Standortbestimmung per Januar 2004

1) Im Rahmen des IT-Projektes NILA wurde die gesamte Software im Finanzbereich erneuert (NEST/ABACUS). Dadurch konnten das Berichtswesen und der Budgetprozess wesentlich verbessert und beschleunigt werden. Zudem wurde die Schnittstelle zwischen Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung realisiert.

Durch die Umsetzung des NPM-Projektes Allwo wurden zusätzliche Steuerungs- und Führungsinstrumente geschaffen, welche produktiv im Einsatz stehen und die bereits vorhandenen Entscheidungsgrundlagen ergänzen. Es handelt sich hierbei um die leistungsbezogene Arbeitszeiterfassung, die Leistungsaufträge, die Kosten- / Leistungsrechnung und die bereits seit 1994 eingeführten jährlichen Zielsetzungen der einzelnen Departemente bzw. Hauptabteilungen. Das Berichtswesen gegenüber dem Parlament wurde neu strukturiert.

Das Finanzmanagement der Gemeinde wurde durch die Umstellung auf das Programm ‚Tankred Finanzplan‘ verfeinert und mit zusätzlichen Informationen über die Bilanzentwicklung und verschiedene Kennzahlen ausgestattet. Die Finanzplanung wird fortlaufend auf die sich abzeichnenden kommunalen und übergeordneten Entwicklungen ausgerichtet und liefert somit die erforderlichen finanzrelevanten Entscheidungskriterien.

Die vom Gemeinderat anlässlich seiner strategischen Sitzung festgelegten Höchstgrenze für die Verschuldung im Umfang eines Jahresertrages (ohne interne Verrechnungen) führte zu einer optimalen Verteilung der jährlichen Investitionsausgaben.

Der vom Einwohnerrat beschlossenen moderaten Steuererhöhung per 2002 lagen sehr detaillierte Kalkulationen und Hochrechnungen zugrunde.

Aus dem gezielten und stufengerechten Einsatz all dieser Führungsinstrumente resultierten zudem die klaren Vorgaben für die umzusetzenden kostensenkenden Massnahmen in allen Verwaltungsbereichen sowie die Neuausrichtung der Investitionsplanung.

Die eingeführten Kontoverantwortlichkeiten beim Sachaufwand führten zur Förderung des Kostenbewusstseins in diesem Ausgabenbereich. Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission attestiert der Gemeinde in ihren Berichten einen sehr guten Stand der Buchführung.

Die Steuerveranlagungen erfolgen termingerecht und erreichen Ende Jahr jeweils einen Erfüllungsgrad von ca. 90 %. Die Umstellung auf die einjährige Steuerveranlagung wurde vollzogen.

2) Die Grundlagenbeschaffung und Datenbereitstellung für die Einführung des Facility-Managements sind abgeschlossen. Eine geeignete Softwareapplikation wurde evaluiert und wird 2004 in Betrieb genommen.

3) Die Erschliessung neuer Einnahmequellen und die Erhöhung bereits vorhandener Gebühren und Abgaben kann nicht nur aus betriebswirtschaftlicher Sicht beurteilt werden. Für derartige Entscheide sind schlussendlich politische Überlegungen ausschlaggebend. In der Berichtsperiode konnten aufgrund von Quervergleichen mit anderen Gemeinwesen gezielte Korrekturen und neue Einnahmequellen vorgenommen bzw. erschlossen werden (Bestattungswesen, Kursgelder Erwachsenenbildung).

Bei der Mittelbeschaffung kommt zweifelsohne der gewinnbringenden Nutzung von gemeindeeigenem Bauland eine bedeutende Rolle zu. Unter diesem Aspekt wird denn auch die Quartierplanung im Bereich der ehemaligen Familiengärten am Baselmattweg vorangetrieben. Durch eine zonenkonforme Nutzung fliessen der Einwohnerkasse einerseits Baurechtzinsen zu und andererseits ermöglicht sie die Ansiedlung neuer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Aus den im Zusammenhang mit dem Postulat 3335 aufgezeigten Möglichkeiten des Sponsorings öffentlicher Dienstleistungen²⁶ konnten bis heute keine nennenswerten Erträge gelöst werden. Der ‚Tag der offenen Tür‘ im Werkhof wurde zu einem grossen Teil durch Sponsoring finanziert.

Die konkreten Abklärungen über den Verkauf von Leistungen des IT-Rechenzentrums und dem damit verbundenen Aufbau und Betrieb eines Gemeinde-Rechenzentrums sind negativ verlaufen. Die verschiedenen Gemeinden, welche auf neue Programm-Applikationen umstellen mussten, haben sich für Einzellösungen entschieden.

²⁶ Einwohnerrats-Geschäft Nr. 3335A; Beschluss vom 11.9.2002

18 ALLSCHWIL pflegt die richtige, umfassende und zeitgerechte Information der Öffentlichkeit. Hierfür bedient sich ALLSCHWIL der modernen Informations- und Kommunikationsmittel und -wege.

Zu verfolgende Ziele	Zu prüfende oder umzusetzende Massnahmen
1. Nach aussen: Rechtzeitig, bedarfsgerecht und umfassend informieren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regelmässige Medieninformationen und –konferenzen ▪ Elektronische Informationsbereitstellung ausbauen ▪ Regelmässiger Informationsaustausch mit politischen Parteien
2. Nach innen: Führungs-, steuerungsrelevant und konzentriert informieren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung der Projekt- und Geschäftsverwaltung; Teilprojekt NILA ▪ Aufbau und Implementierung Intranet ▪ Optimale Nutzung der elektronischen Informationsdienste

Standortbestimmung per Januar 2004

1) Im Allschwiler Wochenblatt wird regelmässig aus den Beratungen des Gemeinderates und über Aktualitäten aus den verschiedenen Hauptabteilungen berichtet. Ergänzend werden diese wöchentlichen Publikationen in Form von ‚Wandzeitungen‘ in den verschiedenen Anschlagkästen ausgehängt. Im Rahmen von Medienkonferenzen orientiert der Gemeinderat projektbezogen über komplexe Geschäfte und anstehende Entscheidungen.

Das Informationsangebot im Internet ist ausgebaut, und die Homepage der Gemeinde Allschwil kann als eine der vielseitigsten betrachtet werden. Der Zusammenschluss mit dem vom Bund lancierten Guichet virtuel (www.ch.ch) hat stattgefunden.

Die Erfahrungen, die mit den Partei- und Fraktionstreffen gemacht wurden, haben aus Sicht des Gemeinderates nicht zu den erhofften Erfolgen geführt. Es war nicht möglich, grössere Projekte vorgängig der eigentlichen Parlamentsberatungen im Sinne eines offenen Meinungsaustausches zu diskutieren.

2) Die Hauptabteilungen erstatten regelmässig Bericht über die laufenden Projekte des Gemeinderates. Sowohl für den Gemeinderat als auch für den Einwohnerrat wird ein lückenloses Geschäftsverzeichnis geführt. Die Einführung der Applikation Projekt- und Geschäftsverwaltung wurde aus personellen und organisatorischen Gründen sistiert.

Die Gemeindeverwaltung verfügt über ein Intranet. Die verfügbaren elektronischen Kommunikations- und Informationsdienste (internes / externes Mailing, Sitzungszimmerreservierungen, individuelle Terminkontrollen) werden optimal genutzt.



Steigende Zugriffszahlen auf www.allschwil.ch

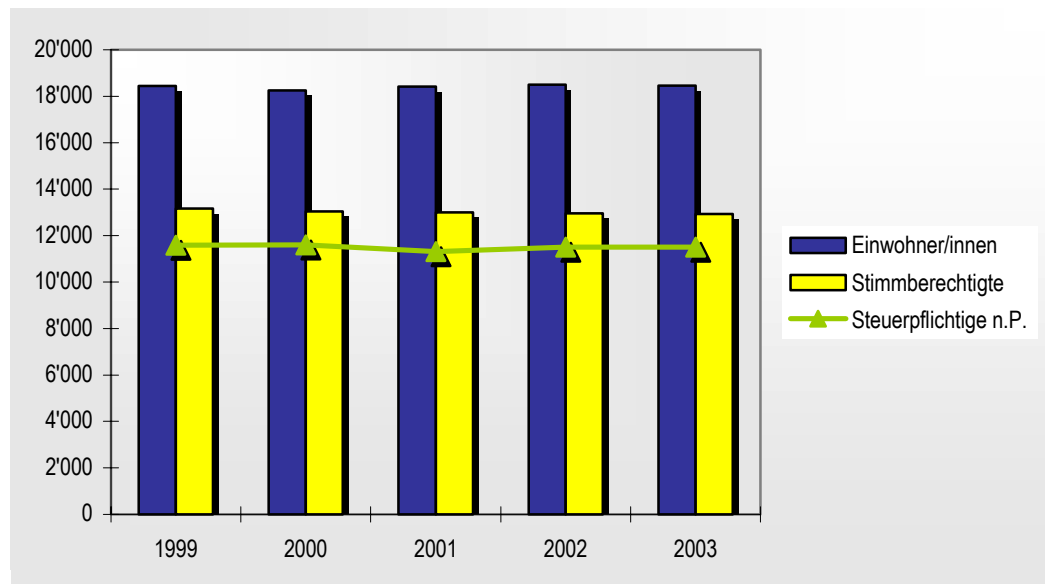
Die Entwicklung in Zahlen

Bevölkerung

	1999	2000	2001	2002	2003
Anzahl Einwohner/innen *	18'440	18'248	18'417	18'497	18'458
Anzahl Stimmberechtigte *	13'161	13'036	12'994	12'950	12'926
Anzahl Steuerpflichtige nat. Personen *	11'595	11'604	11'307	11'500	11'500
Anzahl Steuerpflichtige jur. Personen *	621	633	655	700	700
Anzahl Arbeitsplätze in Allschwil	k.A.	k.A.	7'858	k.A.	k.A.

*) Stand per 31. Dezember

k.A.) Es liegen keine amtlich belegten Zahlen vor



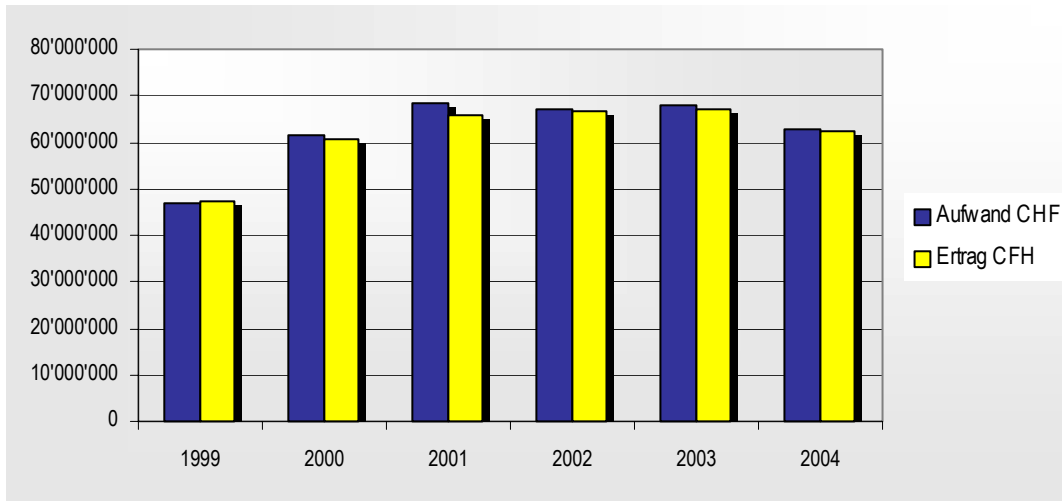
Bautätigkeit**

	1999	2000	2001	2002	2003	2004 Plan
Erstellte Gewerbebauten	-	1	1	3	6	2
Erstellte Mehrfamilienhäuser	1	0	2	5	2	1
Erstellte Einfamilienhäuser	9	6	8	30	12	65

***) Schätzung Basellandschaftliche Gebäudeversicherung

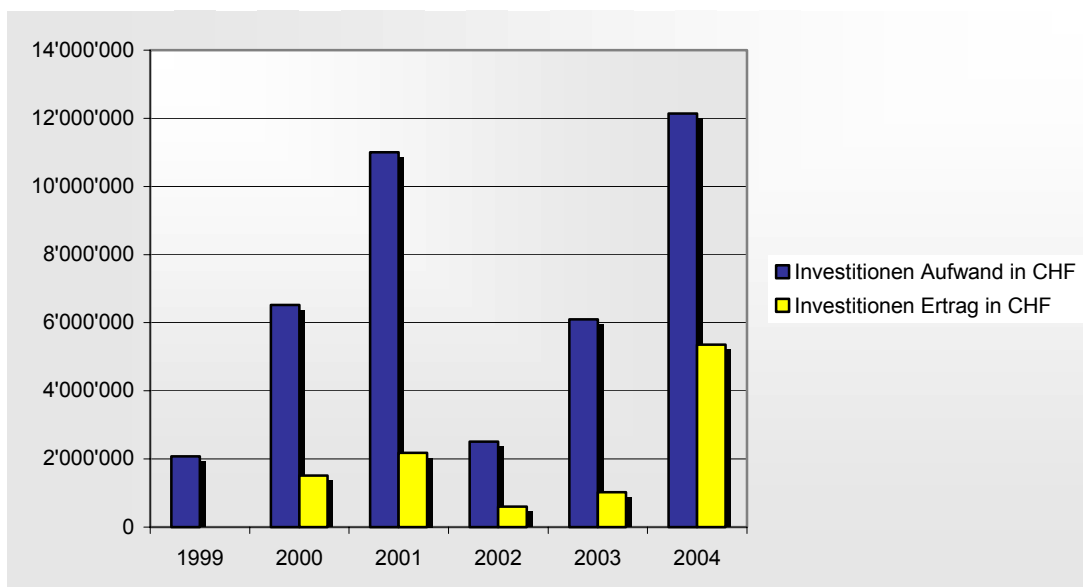
Laufende Rechnung

	1999	2000	2001	2002	2003 <i>Budget</i>	2004 <i>Budget</i>
Aufwand gesamt in CHF	46'882'450	61'612'048	68'460'000	67'224'000	68'113'834	62'684'850
Ertrag gesamt in CHF	47'498'422	60'765'964	65'706'000	66'471'000	67'055'834	62'502'850
Mehraufwand / -ertrag in CHF	+ 615'972	- 846'084	- 2'540'000	- 753'000	- 1'058'000	- 182'000



Investitionsrechnung

	1999	2000	2001	2002	2003 <i>Budget</i>	2004 <i>Budget</i>
Investitionen Aufwand in CHF	2'078'311	6'517'807	11'005'000	2'505'000	6'100'200	12'140'000
Investitionen Ertrag in CHF	0	1'510'415	2'183'000	600'000	1'022'000	5'355'000
Netto-Investitionen in CHF	2'078'311	5'007'392	8'822'000	1'905'000	5'078'200	6'785'000



Steuersätze

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Steuersatz nat. Personen in % ***	48.0	48.0	48.0	57.0	58.0	58.0
Steuersatz jur. Personen in % ***	4.5	4.5	4.5	5.0	5.0	5.0

***) bis 2001 zuz. 13 % Fürsorgesteuer auf der Basis der Gemeindesteuer, ab 2002 inkl. Fürsorgesteuer

Finanzkennzahlen

	1999	2000	2001	2002	2003 Budget	2004 Budget
Nettoverschuldung pro Kopf in CHF	1'325	1'542	1'994	1'945	1'895	1'934
Steueraufkommen pro Kopf in CHF	2'275	2'354	2'364	2'475	2'501	2'487
Selbstfinanzierungsgrad in %	75.8	32.8	15.5	110.7	42.7	45.4
Selbstfinanzierungsanteil in %	2.8	2.8	2.2	3.3	2.5	2.4
Kapitaldienstanteil in %	3.5	4.8	4.5	4.7	4.3	4.3
Zinsbelastungsanteil in %	0.4	0.6	0.2	0.3	0.3	0.3

Volksabstimmungen

	Datum	Ja	Nein	Stimm- beteiligung
Strassennetzplan der Gemeinde Allschwil; ‚Parkallee-Verlängerung‘ ins linksufrige Bachgrabengebiet	02.12.2001	1'865	3'706	43.56 %
Renovation und Erweiterung Alterszentrum ‚Am Bachgraben‘; Bewilligung eines Investitionsbeitrages von CHF 3.0 Mio. und eines Finanzierungskredites von jährlich CHF 270'000.-- auf die Dauer von 15 Jahren (Verzinsung und Amortisation Restkredit von CHF 3,4 Mio.)	09.02.2003	3'897	751	37.15 %
Quartierplanung ‚Wegmatten I‘ bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement (Coop-Laden und Detailhandelstrakt)	30.11.2003	2'605	3'838	50.22 %
Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 6'465'000.-- für den Bau eines Veranstaltungssaals im Rahmen der Quartierplanung ‚Wegmatten I‘	30.11.2003	2'339	4'087	50.07 %
Teilrevision der Gemeindeordnung; Neuregelungen über die Wahl der Schulräte	30.11.2003	3'081	2'676	46.37 %